Nr. 112 XXVIII. Jahrgang

Freitag, 30. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 36, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 27 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 82 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 30.—. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 50 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenangaben 50 Pf. Preiserhöhung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.50, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.00, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 10 Pf.

Die Einladung

Ein Erfolg Nittis

Mit der offiziellen Einladung des Reichskanzlers zu den am 25. Mai in Spa beginnenden Verhandlungen über die Ausführung des Friedensvertrages ist ein großer Schritt vorwärts gemacht in der Versöhnung der Völker. Daran ändern auch alle die Tiraden nichts, mit denen sich Millerand bemüht, die Errungenschaft von San Remo als unerheblich hinzustellen, weil er den Eindruck vermeiden möchte, als ob seine Politik, die bisher in allem auf die Demütigung und Fesselung Deutschlands hinauslief, Schiffbruch erlitten hätte. Die auffallende Eile, mit der Millerand in der Kammer gleich nach seiner Rückkehr über die Verhandlungen in dem schönen Rivierastädtchen Rechenschaft abgelegt hat, deutet darauf hin, daß gewisse Gelten von dem verantwortlichen Leiter der französischen Politik erfahren möchten, ob das Interesse des Landes mit der nötigen Entschiedenheit verfochten worden ist. Daß sich Millerand in San Remo nicht ohne Geschick aus der Zwickmühle befreit hat, erhellt schon daraus, daß er entgegen ihrer ursprünglichen Absicht Lloyd George und Nitti die grundsätzliche Ablehnung jeder Revision abgerungen hat. Mit einiger Genugtuung dürfte er erklärt haben, daß Frankreich jetzt berechtigt ist, den Maingau besetzt zu halten, bis die Reichswehrtruppen am 10. Juni vollständig aus dem Ruhrrevier abgezogen sind.

Alles übrige, was er äußert, sind tönende Redensarten. Daß beispielsweise die Alliierten von San Remo mit einem stärkeren Vertrauen zueinander abgereist seien, glaubt niemand. Von einem tatsächlichen Einvernehmen kann schon deshalb nicht gesprochen werden, weil sich Millerand während des ganzen Verlaufes der Verhandlungen mit Händen und Füßen gegen eine gleichberechtigte Teilnahme Deutschlands an den Verhandlungen einer wichtigen politischen Konferenz gewehrt hat, die von Nitti und Lloyd George befürwortet war. Trotzdem wird ihm die Kammer gern glauben, daß dieses Zugeständnis belanglos ist, weil es die Unversehrtheit des Friedensvertrages zur Voraussetzung hat. Es ist richtig, daß die Besprechungen in Spa sich lediglich auf die Ausführung des Friedensvertrages erstrecken sollen. Daß aber überhaupt Besprechungen Auge in Auge stattfinden sollen, ist von so einschneidender Bedeutung, daß man ohne Uebertreibung sagen kann, mit der Konferenz in Spa werden die Versailler „Errungenschaften" gegenstandslos gemacht. Spa bedeutet in der Tat die Revision, weil es das Versailler Diktat durchlöchert.

An die Stelle der Versöhnlichkeit wird das Vertrauen gesetzt und die Unmöglichkeit wird in Durchführung der Bestimmungen umgedeutet. Wenn Reichskanzler Müller mit den übrigen Ministern und ihrem Stab mit allen Ehren empfangen werden, wie es sich für die höchsten verantwortlichen Beamten geziemt, so wird damit in sinnfälliger Weise zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland als voller verhandlungsfähiger Kontrahent betrachtet wird und das allein ist schon ein riesiger Fortschritt. Werden die Ausführungsbestimmungen revidiert, so ist auch eine materielle Umgestaltung des Versailler Vertrages unvermeidlich. Die deutsche Regierung hat hinreichend Zeit, alles statistische Material für den Nachweis heranzuschaffen, daß die Entwaffnung Deutschlands seiner Auslieferung in den Umsturz gleichkommt und wenn die Regierung einigermaßen geschickt vertreten ist, muß es gelingen, unsre Gegner davon zu überzeugen, daß eine zwar festgesetzte, aber übertriebene Wiedergutmachungssumme an der wirtschaftlichen Schwäche Deutschlands scheitern muß.

Die Einladung nach Spa ist trotz Millerands Spielfechterei ein Sieg Nittis, denn wie der „Messagero" schreibt, wird Deutschland nicht nur um Auskunft gefragt werden, sondern auch mit den Feinden von gestern über die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands und Europas diskutieren. Italiens Standpunkt ist in San Remo durchgedrungen. In der Tat, die Einladung nach Spa eröffnet einen weiten Ausblick, und dessen können wir uns freuen, denn wenn auch in Spa manche Hoffnung wieder enttäuscht werden wird, so verspricht die Konferenz doch, finanziell und wirtschaftlich die Grundlage für ein neues gesetzliches Deutschland zu schaffen, das noch vor eineinhalb Jahren der Gnade seiner Feinde preisgegeben war.

*

Durch den italienischen Botschafter de Martino ist, wie das Wolff-Bureau meldet, am Mittwoch den 28. April mittags dem Reichskanzler die Einladung der alliierten Regierungen zu den Besprechungen, die am 25. Mai in Spa beginnen sollen, übergeben worden.

Ueber die Konferenz meldet Havas-Reuter, der Oberste Rat dürfte beabsichtigen, eine von Deutschland zu zahlende Entschädigung festzusetzen. Deutschland werde jährlich eine bestimmte Summe zu zahlen haben, die sich nach Maßgabe der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Reiches erhöht. Nach Abschluß des Uebereinkommens mit Deutschland werden die Alliierten unter sich die auf jeden von ihnen entfallende Summe festsetzen. Die Belgien zugesagte bevorrechtigte Zahlung von zweieinhalb Milliarden bleibt bestehen. — Lloyd George erklärte einem Berichterstatter des „Telegraphic" in San Remo: In Spa werden militärische, wirtschaftliche und finanzielle Klauseln erörtert werden. Die Alliierten seien entschlossen, darauf zu beharren, daß Deutschland den ehrlichen Versuch mache, in nicht zweideutiger Weise die Vertragsklauseln auszuführen. Er hoffe, daß die Verhandlungen von Spa ebenso fruchtbare und gute Ergebnisse haben würden, wie die von San Remo. Er erklärte weiter, die Alliierten würden bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Spa die deutschen Vertreter als gleichberechtigt behandeln. Ein italienischer Diplomat bezeichnete die Konferenz als einen großen Sieg der neuen Politik Nittis.

*

Millerand in der Kammer

TTA. Köln, 29. April. (Eigener Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet: In der französischen Kammer erklärte Millerand, die Mainstädte würden geräumt, sobald die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone auf die Zahl zurückgeführt worden seien, die das August-Abkommen gestatte. Die Berechnung erfolge nach Einheiten und nicht nach der Zahl. Bis zum 10. Mai würde Deutschland die Truppen, die das August-Abkommen vorsehe, im Ruhrbezirk unterhalten. Millerand erklärte alsdann über die Ausführung des Friedensvertrags: Die Unterhaltungen hätten ergeben, daß jeder Gedanke an eine Nachprüfung ausgeschlossen sei, daß man sich jedoch mit den Deutschen ins Benehmen setzen würde, um in vollkommenster Art eine Einigung über die Ausführung zu erzielen, namentlich was die Höhe der festzusetzenden Entschädigung anbetreffe. Er bezeichnete es als günstig, daß unter Umständen zu Zwangsmaßnahmen geschritten werden könnte.

*

Göppert bei Millerand

* Bern, 29. April. Aus Paris wird gemeldet, daß Millerand dem Vorsitzenden der deutschen Abordnung bei der Friedenskonferenz Göppert gestern mittag im Ministerium des Auswärtigen empfangen habe.

*

Der Völkerbund und die Kaiserfrage

Rotterdam, 29. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Courant" aus dem Haag meldet, ist dort eine neue offizielle Mitteilung der Entente in der Auslieferungsfrage des deutschen Kaisers eingegangen. Die Note, die am Dienstag im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten übergeben wurde, überträgt die weiteren Entscheidungen der Alliierten auf den Völkerbund.

*

„Sache des Völkerbundes"

Ueber die Besetzung Frankfurts hat die Deutsche Liga für den Völkerbund an das Sekretariat des Völkerbundes in London eine Denkschrift gerichtet. Ihr Wortlaut ist gleichzeitig den Berliner ausländischen Vertretungen sowie den Völkerbundligen der neutralen und früher feindlichen Staaten übermittelt worden. Darin wird nachgewiesen, daß und warum Frankreich seinen Gewaltakt nicht vornehmen durfte, ohne sich vorher an den Völkerbund zu wenden, daß aber auch nach und gerade wegen dieses Versäumnisses der ganze Vorfall Sache des Völkerbundes ist.

Als die Franzosen am 6. April ohne Befragung des Völkerbundes in deutsches Gebiet einmarschierten, verließen sie gegen die Bestimmungen der Bundessatzungen, die in Artikel 17 Absatz 2 wie folgt dargelegt sind: „Bei Streitfällen zwischen einem Bundesmitglied und einem Nichtmitglied oder zwischen Staaten, die nicht Mitglieder sind, werden der Staat oder die Staaten, die nicht Mitglieder sind, aufgefordert, sich für die Beilegung der Streitfrage einer den Bundesmitgliedern obliegenden Verpflichtung zu unterwerfen, und zwar unter der vom Rat für gerecht erachteten Bedingung. Wenn dieser Aufforderung Folge geleistet wird, so gelangen unter Vorbehalt der Aenderung, die der Rat für erforderlich erachtet, die Bestimmungen der Artikel 12 bis 16 zur Anwendung." — In den betreffenden Artikeln wird darauf hingewiesen, daß Streitfragen entweder das Schiedsgericht berate, oder der Prüfung durch den Rat zu unterbreiten seien. In keinem Falle sei vor Ablauf von drei Monaten nach dem Spruch des Schiedsrichters oder dem Bericht des Rates zum Krieg zu schreiten. Ein Bruch dieser Vorschrift sei als eine Kriegshandlung gegen alle andern Bundesmitglieder anzusehen. — Frankreich habe zweifellos die Völkerbundssatzungen gebrochen. Deshalb wird aller Nachdruck darauf gelegt, daß der Völkerbund als politische Wirklichkeit in der Welt nur dann Achtung finden kann, wenn er unabhängig von der Zurücknahme der französischen Truppen und auch von der diplomatischen Erledigung durch den Obersten Rat grundsätzlich zu dem französischen Rechtsbruche Stellung nimmt.

Die Denkschrift schließt: „Die Deutsche Liga für Völkerbund hat sich zur Aufgabe gesetzt, in Deutschland für den Völkerbundgedanken zu wirken. Sie hätte gewünscht, daß schon nach Weigerung der Einmarscherlaubnis diese Frage der Vertragsauslegung dem Völkerbunde übergeben worden wäre. Sie begrüßt aber auch jetzt die Tatsache, daß die deutsche Regierung den Völkerbund angerufen hat, und sie möchte mit allen Kräften darauf hinwirken, daß in diesem entscheidenden wichtigen Augenblick der Völkerbund zur Geltung kommt, dessen Satzung angenommen worden ist zur Förderung der Zusammenarbeit der Nationen und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit."

*

Gegen die schwarzen Besatzungstruppen

* Düsseldorf, 29. April. Der Bund rheinisch-westfälischer Frauenvereine, der gestern seine Hauptversammlung abhielt, faßte einen Beschluß, in dem flammender Widerspruch gegen die fortdauernde und noch zunehmende Verwendung schwarzer Truppen im Westen erhoben wird, die Frauen und Mädchen täglich und stündlich mit Verbrechen bedroht. Die Frauen aller Kulturländer werden zum gemeinsamen Kampf gegen diese fürchterliche „Barbarei" aufgerufen, die schlimmer sei als alle Kriegsmittel.

*

Die Einfuhrzölle in Gold

Das englische auswärtige Amt hat dem deutschen Geschäftsträger eine Note folgenden Inhalts zugehen lassen: Mit Bezug auf Ihr Memorandum vom 18. März über die Fortsetzung der Zahlung der deutschen Einfuhrzölle in Gold habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die alliierten Regierungen beschlossen haben, daß die Erlaubnis, die der deutschen Regierung gewährt worden ist, die Zahlung der Einfuhrzölle in Gold zu verlangen, verlängert wird, daß jedoch die einzelnen alliierten Regierungen sich das Recht vorbehalten, die Frage zu irgendeiner Zeit wieder aufzurollen.

Finanzfragen im amerikanischen Senat

Paris, 29. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Washington gemeldet wird, forderte Lodge im Senat, daß die verbündeten Regierungen eine Vereinbarung über eine Zusammenlegung der Kriegsschulden treffen und daß die Vereinigten Staaten die Finanzierung des Wiederaufbaues in Deutschland übernehmen mögen. Hitchcock erklärte dagegen, diese Forderung sei unbegründet. Die Vereinigten Staaten könnten sich nicht mit den Schulden andrer Länder befassen, ebensowenig wie Herr Lodge die Schulden des Herrn Hitchcock übernehmen würde.

Der Preissturz

Köln, 29. April. (Eig. Drahtbericht.) Am Kölner Warenmarkt ist ein bedeutender Preissturz eingetreten. Die Waren aus den holländischen Kolonien sind ganz erheblich im Preise gefallen. Aus Rotterdam kommen Meldungen, die ein weiteres Fallen der Preise erwarten lassen.

Amsterdam, 29. April. (Eig. Drahtbericht.) Hier sind gestern vier Fallissements von Exportfirmen an der Börse bekanntgegeben worden. Die Zurückhaltung im Wareneinkauf beherrschte die gestrige Warenbörse.

Das Ende des deutschen Militärstaats

In einem Artikel über die Ausführung des Friedensvertrages behandelt die „Deutsche Allg. Ztg." die Auflösung des alten deutschen Heeres. Danach bestehen nur noch Abwicklungsämter und -stellen sowie auch Zivilbehörden, die Versorgungsansprüche der Kriegsteilnehmer, Verpflichtungen aus Verträgen über Kriegslieferungen und Angelegenheiten der russischen Kriegsgefangenen erledigen. Sie unterstehen seit dem 10. April dem Reichsfinanzministerium. Der Große Generalstab wurde am 1. Oktober 1919 aufgelöst. Die Oberste Heeresleitung ist bereits seit längerer Zeit aufgelöst, ebenso die Kriegsministerien. Die höchste militärische Kommandogewalt ist das Reichswehrministerium. Deutschland hat die Bedingungen nach Möglichkeit erfüllt. Soweit Termine nicht eingehalten werden konnten, geschah dies mit Zustimmung oder unter Benachrichtigung der Entente, die die Nichtdurchführbarkeit einzelner Anordnungen mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland zugeben mußte.

Dasselbe Blatt bringt unter der Ueberschrift „Schleifung der deutschen Festungen" einen Artikel, in dem dargetan wird, daß trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage das möglichste geschehen ist, um den harten Friedensbedingungen gerecht zu werden. Schon bald nach dem Waffenstillstand wurde mit den Abrüstungsarbeiten begonnen. Es wurden zunächst die Armierungsbauten entfernt und der friedensmäßige Zustand der Festungen wiederhergestellt. Hindernisse wurden zurückgebaut, Schützengräben und Erdwerke unbrauchbar gemacht. Auch wurden schon vor Ratifizierung des Friedensvertrages aus diesen Festungen die Munition, Handwaffen und Kampfmittel entfernt. Die Abrüstungsarbeiten sind dort fristgemäß beendet worden. Die Schleifungsarbeiten sind jetzt in vollem Gange und ihre terminmäßige Beendigung ist zu erwarten. Nur bei den vom Verbande besetzten Festungen konnten bisher die Abrüstungs- und Schleifungsarbeiten noch nicht in Angriff genommen werden, da dort der alliierten Obersten Heeresleitung die Festsetzung der Frist für die Abrüstung und Schleifung vorbehalten ist. Die Abrüstungs- und Schleifungsarbeiten haben auch in der Kieler Bucht bald nach Abschluß des Waffenstillstandes eingesetzt und sind entsprechend gefördert worden.

*

Die Vernichtung der deutschen Luftflotte

Nach einer „Matin"-Meldung aus London soll das deutsche Luftschiffahrtsmaterial mit Ausnahme weniger Fahrzeuge, die ausgestellt werden, vernichtet werden. Das Material wird dann verkauft werden.

*

Die deutschen Truppen im Ruhrgebiet

* Berlin, 29. April. Ein militärischer Mitarbeiter der „Voss. Ztg." hatte mit dem Reichswehrminister Dr. Geßler eine Unterredung, in der dieser hervorhob, daß uns für die ganze neutrale Zone 20 Bataillone, 19 Schwadronen, 2 Batterien und 5 lose Regimentsstäbe erlaubt worden seien. Da infolge der herrschenden Unsicherheit im Ruhrgebiet Soldaten kündigten und auch durch zahlreiche Todesfälle diese Formationen immer mehr zusammenschrumpften, ist ein Mißverhältnis zwischen Formation und Kopfzahl entstanden. Da eine Umgruppierung der Formationen, die sich gewissermaßen an der Front befinden, nicht möglich war, blieben wir bei der Kopfzahl. Auf den Einwand, daß doch jede Formation eine bestimmte Bestückung hat, daß also, wenn die Berechnung nach Mannschaftsstärke und nicht nach Formationen erfolgt sein würde, ein bestimmtes Plus an Bestückungen zurückbleibe, antwortete der Reichswehrminister, daß wir mindestens auf je drei Bataillone eine Batterie haben müßten. Das sind im ganzen neun und mit den zwei erlaubten elf Batterien. Vor der Besetzung Frankfurts hatten wir dreißig. Da wir aus allen Teilen des Ruhrgebietes mit Bitten überschüttet werden, die Reichswehr nicht abziehen zu lassen, muß das Allerschlimmste befürchtet werden, wenn dann nur zwei Batterien zurückbleiben. Dies alles haben wir der Entente auch mitgeteilt. Die Antwort steht noch aus.

Das Gespräch mit Dr. Geßler kam dann auch auf Bayern, und der Reichswehrminister betonte, daß man die Lage dort nicht so leicht nehmen dürfe. Die Bewegung nach rechts sei dort ganz gewaltig, zumal man in der Berliner Regierung eine glatte Arbeiterregierung sähe, der man sich nicht fügen will. Gewiß seien auch Gegenströmungen vorhanden, die aber doch nicht stark genug seien, um dort etwas ausrichten zu können. Zweifellos werde diese Stimmung auch bei den Wahlen zum Ausdruck kommen.

Die Arbeit der Nationalversammlung

Von Senator Dr. Petersen, M. d. N.

(Nachdruck verboten.)

Heute wird die Nationalversammlung unter dem Druck politischer Gründe, nicht zum Vorteil einer sachlichen Erledigung der noch ausstehenden Aufgaben, ein vorzeitiges Ende finden. Daß der Beschluß der Mehrheitsparteien sachlich der richtige war, wird kaum noch von den Oppositionsparteien bestritten. Die Aufwühlung der politischen Leidenschaften durch den Kapp-Putsch und seine weiteren Auswirkungen auf linksradikaler Seite macht es aber politisch nötig, das Volk von neuem über die Zusammensetzung der Volksvertretung entscheiden zu lassen, dann wird nicht mehr behauptet werden können, daß die Zusammensetzung des Parlaments nicht mehr dem Willen des Volkes entspräche.

Fünfzehn Monate angestrengtester Arbeit unter schwierigsten Verhältnissen liegen hinter uns. Es hat kein Parlament in der Weltgeschichte gegeben, das in einer so kurzen Spanne Zeit so angestrengt gearbeitet hat. „Arbeiten und nicht verzweifeln" war vom ersten bis zum letzten Tage angesichts der Lage unsres Volkes innerpolitisch und außenpolitisch das Losungswort. Die scheußliche Endkatastrophe des Krieges bei völliger Aussichtslosigkeit in Verbindung mit unsäglichem Elend hatte unser tapferes Volk, wie es sich auch im Kriege bewährt hat, zermürbt. Auflehnungen gegen die Befehlshaber in jeder Gestalt brachten den völligen Zusammenbruch unsrer staatlichen Ordnung; die Macht im Staate war an diejenigen gelangt, welche Gewehr und Handgranaten nicht fortwarfen. Die rechtliche Ordnung war der Gewalt auch im Innern gewichen. Ein in seiner Machtstellung angesehenes Volk war Spielball siegreicher, haßerfüllter Feinde, ein wohlhabendes Volk war ein armes Volk, ein in seinem Zivilberuf arbeitsfreudiges, pflichttreues und moralisch hochstehendes Volk war ein arbeitsmutwütiges, durch den Krieg und was er mit sich brachte, demoralisiertes Volk geworden, war in die Heimat zurückgekehrt, deren Grenzen sein starker Arm über vier Jahre geschützt hatte. Da tönte in das Chaos hinein der Ruf der Volksbeauftragten mit gleichem Recht aller Reichsangehörigen, eine Volksvertretung zu wählen und ihr den Aufbau des Staates und der Wirtschaft auf dem Wege rechtlicher Ordnung anzuvertrauen. Der Stimmzettel sollte als politisches Machtmittel an Stelle der Handgranate, die Rechtsordnung an die Stelle der Gewalt treten. Trotz aller Widerstände radikaler Bevölkerungsteile konnten die Wahlen durchgeführt werden; die Nationalversammlung fand in Weimar gastliche Aufnahme unter dem Schutz geringer, aber für die Tagung sich als ausreichend erweisender, freiwilliger zusammengetretener militärischer Kräfte. Wer noch wären einzelne Teile deutschen Landes — ich erinnere an Bremen, Braunschweig, München — nicht gewillt, sich dem Gebot der Vertretung des deutschen Volkes zu fügen. Es ist niemals politisch sinnloser noch einem starken Manne als dem Heilbringer gerufen worden als damals. Eine einzelne Persönlichkeit kann in solcher Zeit nur Heilung bringen, wenn sie Machtmittel hat, um sich gegen die Widerstände durchzusetzen.

Hier konnte nur helfen: Festhalten an dem Gedanken der Demokratie und damit an dem gleichen ausschließlichen Recht aller Bürger und Bürgerinnen, den Staat aufzubauen und zu erhalten; eine Politik ruhiger, verständiger, geduldiger Arbeit, zu Ruhe und Sicherheit, Besonnenheit und Pflichterfüllung herbeizuführen. So war es ethisch wie politisch geboten, alle Parteien zusammenzufassen, die bedingungslos zur Demokratie hielten und gewillt waren, die schwere Verantwortung für positives Schaffen zu übernehmen. Das konnte nur, wie die Parteiverhältnisse in Deutschland liegen, im Rahmen der Koalitionspolitik geschehen. Die Bildung dieser Koalition und das Festhalten an ihr, wenn nicht zwingende Gründe das Gegenteil forderten, wurde und blieb leitender Gedanke. Die Gesetzgebung konnte nur auf der Diagonale der Kräfte der Koalitionsparteien geschehen. Personenfragen und sachliche Differenzen über einzelne Paragraphen mußten ihre Würdigung finden auf Grund sachlichster, die Bedeutung der Einzelfragen im Vergleiche zu den entscheidenden Gesichtspunkten einschätzender Ueberlegung.

Dies kann nicht genug in der jetzt bevorstehenden Aufklärungszeit den Wählern klargelegt werden. Wir sehen, daß noch heute das gleiche politische Recht und die Rechtsordnung nicht vor Gewalttätigkeiten geschützt sind. Radikale Kräfte sind noch heute trotz der furchtbaren Gefahren um den Bestand unsres Reiches wie unsrer Wirtschaft am Werke, die Gewalt wieder an Stelle des Rechtes zu setzen. Da gilt es für unsre wie für die andern Koalitionsparteien, auch irgendwie am Grundsatz des gleichen politischen Rechts festzuhalten.

Die Nationalversammlung hat die Verfassung in kurzer Zeit geschaffen, hat auf vielen Gebieten unsres Wirtschaftslebens den Uebergangsschwierigkeiten zu normaler Betätigung der wirtschaftlichen Kräfte Rechnung tragen müssen; Schwierigkeiten, die erhöht wurden durch eine zügellose Streiklust im Innern, durch die rücksichtslose, verdängnisvolle Behandlung unsrer Feinde während des Waffenstillstandes und daran anschließend während eines sogenannten Friedenszustandes, der sich kaum von den vorhergehenden Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen unterschied. Dazu kam eine Haltung der Opposition von rechts und links, die in ihrer leidenschaftlichen, zum großen Teil gehässigen, die Volksleidenschaften aufreizenden Form weit die Grenzen überschritt, die nationales Gemeinschaftsgefühl in solchen Zeiten ziehen sollte. Die sachliche, gerechte Würdigung der Arbeiten der Koalitionsregierung wie der Mehrheitsparteien wird einer sachlichen Beurteilung der Zukunft vorbehalten bleiben. Wir, die wir die mühe- und verantwortungsvolle Arbeit geleistet haben, können dem Urteil getrost entgegensehen.

So soll der erste deutsche Reichstag die Arbeit fortsetzen. Aus unsern Erfahrungen heraus wollen wir ihm wünschen: es möge ihm vergönnt sein, in ruhiger, von Gewalttaten im Innern und außen nicht mehr gefährdeter und gestörter Arbeit das auszubauen, wozu die Nationalversammlung die Grundlage und den Anfang geschaffen hat. Wird die Ordnung des Rechtes nicht mehr gestört, so wird der auf vier Jahre gewählte Reichstag die Zeit zu ruhiger Ueberlegung und Entschließung finden, die erforderlich sind, um die Gesetze so zu gestalten, daß sie unserm Vaterland und Volke zum Segen gereichen werden. Das kann nur geschehen, wenn das deutsche Volk bei den Wahlen dem Radikalismus von rechts

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200430/1